

Die Krise in der Ukraine: Szenarien der weiteren Entwicklung

Nach der widerstandslosen Einverleibung der Krim in die Russische Föderation im März 2014 weitete sich Anfang April 2014 die Krise in den Osten der Ukraine aus. In den ostukrainischen Städten Donezk, Luhansk und Charkiw forderten prorussische Separatisten eine Abspaltung von der Ukraine. Gründe gibt es mehrere, so unter anderem ein Sprachengesetz von 2012, das die Möglichkeit offizieller Regionalsprachen vorsieht. Der bewaffnete Konflikt in den südöstlichen Gebieten der Ukraine entwickelte sich aber auch aus den prorussischen Demonstrationen und gewalttätigen Protesten. Während die Proteste in Charkiw rasch abklangen, weiteten sie sich in Donzek und Luhansk zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den ukrainischen Behörden und Streitkräften aus. Aktionen liefen auch in anderen Landesteilen ab. Tausende forderten für ein Referendum über den Anschluss an Russland. In mehreren Städten wurden Polizeiwachen angegriffen und Verwaltungszentren gestürmt und von prorussischen Separatisten besetzt. Die Rebellen verfügten über zunehmend mehr Waffen.

Souveräne Volksrepubliken Donzek und Luhansk - Novorossija

Am 7. April riefen Separatisten die souveräne Volksrepublik Donezk aus und erbaten von Moskau „Friedenstruppen“, am 27. April wurde die Volksrepublik Luhansk ausgerufen. Aus beiden wurde am 25. Mai der föderale Staat „Novorossija“ (Neurussland). Die Regierung in Kiew bezeichnet die Milizen als Terroristen und beschuldigte die russische Regierung, die Unruhen zu schüren. Nach dem Tod zweier prorussischer Separatisten erklärte Moskau, seine Bürger in der Ostukraine schützen zu wollen. Entlang der russisch-ukrainischen Grenze wurden auf russischem Territorium Truppen in der Grössenordnung von über 20'000 zusammengezogen. Im April 2014 begann auf ukrainischer Seite die Aufstellung von paramilitärischen Freiwilligenverbänden die sich in den jeweiligen Wohnregionen in Bataillonen organisierten. Die Einheiten sind der Nationalgarde und dem Innenministerium unterstellt. Am 15. April starteten die ukrainischen Streitkräfte, unterstützt durch proukrainische Milizverbände, erste Aktionen gegen die bewaffneten pro-russischen Milizen. Mitte Juni verfügten die pro-russischen Milizen über erste Kampfpanzer. Als Herkunftsland muss Russland angenommen werden. Waffen und Material sickerte über die russisch-ukrainische Grenze in die Ostukraine.

Zwar kam es zwischen dem 21. bis 30. Juni und als Folge des Treffens von Minsk Anfang September zu einem Waffenstillstand. Doch nach den „Präsidenten- und Parlamentswahlen“ in den beiden Volksrepubliken Anfang November als Antwort auf die offiziellen Wahlen Ende Oktober in der Ukraine kündigte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am 3. November eine Änderung der Strategie der Regierung im Umgang mit den Separatisten an. Die prorussischen Separatisten wurden der Verletzung des Minsker Friedensabkommens beschuldigt. Poroschenko will sich die Regionen in der Ostukraine „zurückholen“. Damit wird der Konflikt in die nächste Eskalationsrunde gehen. Bei der seit April 2014 andauernden Militäroperation sollen rund 8000 Volksmilizen getötet mehr als 4300 Zivilisten ums Leben gekommen sein.

Nachdem die Regierung in Kiew und die prorussischen Separatisten sich im Vorfeld des OSZE-Gipfels von Basel (4. und 5. Dezember 2014) auf eine Waffenruhe

geeinigt haben, darf zumindest für die Region Luhansk auf eine Waffenruhe gehofft werden. Allerdings ist das bisherige Ergebnis des vielfältigen OSZE-Engagements im Ukraine-Konflikt eher dürftig. Die gewaltsame Eskalation mit gegen 500'000 Flüchtlingen und die Todesopfer konnten nicht verhindert werden. Der Waffenstillstand von Minsk erwies sich als sehr brüchig. Angesichts dieser komplexen Ausgangslage Ende 2014 stellt sich die Frage, welche Entwicklungsszenarien für 2015 denkbar sind.

7 Szenarien militärischer und politischer Weiterentwicklung

1. Bedingungslose Kapitulation der prorussischen Separatisten: Die prorussischen Separatisten sind isoliert. Im Verlaufe der kommenden bewaffneten Auseinandersetzungen werden ihre Kräfte weiter dezimiert. Substantielle Unterstützung aus Russland bleibt aus. Den militärischen Verbänden der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk verbleibt am Ende nur die Kapitulation. Das Projekt Novorossija scheitert. Kiew übernimmt wieder die volle Kontrolle in den beiden Regionen der Ostukraine und stellt den ursprünglichen Zustand her.

2. Russland lässt die Separatisten fallen und verfolgt eine diplomatische Lösung: Russland lässt die Separatisten unter Aufrechterhaltung der militärischen Drohkulisse schrittweise fallen und wendet sich in den kommenden Monaten einer diplomatischen Lösung zu. Die humanitäre Hilfe rückt in den Vordergrund. Die russischen Friedenstruppen werden legitimiert, was für künftige Konflikte eine Rolle spielen kann. Die russischen Separatisten werden nach langwierigen Guerillakämpfen schrittweise aufgegeben. Schrittweise reinstalliert Kiew seine Herrschaft.

3. Lösung des Konflikts unter Beteiligung der Separatisten – Teilautonomie: Unter Vermittlung durch Russland und der OSZE gelingt es Kiew, den Separatisten Zugeständnisse abzurufen. Die prorussischen Separatisten stellen ihre bewaffneten Tätigkeiten ein und werden an einer politischen Lösung beteiligt. Novorossija und die beiden Volksrepubliken Donzек und Luhansk erhalten einen teilautonomen Status, verbleiben aber Teil des ukrainischen Staatsgebietes. Russland stellt unter grossem internationalen Druck die Unterstützung an Waffen und Gerät sein und setzt auf Diplomatie.

4. Der Konflikt schwelt weiter und friert ein: Die Kampfhandlungen gehen weiter. Ermüdungserscheinungen auf beiden Seiten führen dazu, dass der Konflikt nicht gelöst wird. Die prorussischen Separatisten nutzen das Machtvakuum und gehen verstärkt zum Guerillakampf über, was weitere Opfer fordert. Die Unterstützung der Zivilbevölkerung schwindet. Russland unterstützt weiterhin die Separatisten, allerdings auf Sparflamme. Kiew gelingt es nicht, seine Herrschaft wieder herzustellen. Eine politische Lösung wird verhindert.

5. Der Konflikt eskaliert – ohne direkte Intervention Russlands: Die prorussischen Separatisten erhalten aus Russland weitere Waffen und Munition in grösserem Ausmass und geben ihren bewaffneten Kampf nicht auf. Ein komplexer Orts- und Häuserkampf ist die Folge. Guerillaaktionen werden verstärkt durchgeführt. Die Lage destabilisiert sich zunehmend mit einer steigenden Anzahl von Opfern unter der Zivilbevölkerung. Die Regierung in Kiew ist nicht in der Lage, die Herrschaft mit

eigenen Mitteln wieder herzustellen. Der Osten bewegt sich in Richtung eines andauernden Bürgerkrieges. Russland hält sich aus direkten bewaffneten Auseinandersetzungen heraus, wird für die Unterstützung der Rebellen mit zusätzlichen Sanktionen belegt.

6. *Der Konflikt eskaliert mit direkter Intervention Russlands:* Russland sieht sich gezwungen, unter dem Vorwand einer humanitären Intervention militärisch einzugreifen mit dem Ziel, die prorussischen Separatisten logistisch und im Kampf zu unterstützen. Der Konflikt zwischen Moskau und Kiew bricht auch militärisch aus. EU und NATO sehen sich gezwungen, zusätzliche, weitgehende Konsequenzen für Russland zu beschliessen und durchzusetzen. Die Meerengen, z.B. der Bosphorus, könnte für die russische Marine geschlossen werden. Potenzial für eine weitere Eskalation des Konflikts wird geschaffen. Russland gerät international in die Isolation.

7. *Szenario Krim:* Die prorussischen Separatisten setzen sich unter grossen Opferzahlen mit russischer Waffenhilfe durch. Die beiden Regionen Donezk und Luhansk brechen weg und werden als Novorossija unabhängig. Der neue Staat wird von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt. Der Kreml wird den neuen Staat zumindest in einer ersten Phase nicht in die Russische Föderation integrieren, politisch, militärisch und wirtschaftlich aber unterstützen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist ein Volksreferendum und die Integration in das Gebiet der Russischen Föderation denkbar.

Beurteilung

Russland definiert sich mit der Annexion der Krim und der Krise in der Ukraine neu. Der Kreml macht geltend, dass es sein Recht und seine Pflicht sei, die ethnischen Russen in den benachbarten Ländern zu verteidigen. Besonders grosse russische Minderheiten gibt es in Lettland, Estland, Kasachstan und in der Ukraine, aber auch im moldawischen Transnistrien. Verlangen die ethnischen Russen eine „Heimkehr“ nach Russland, so muss nach Auffassung Putins gehandelt werden. Es stellt sich die Frage, ob daraus in Zukunft weitere Aktionen vergleichbarer Art abgeleitet werden können. Latente Konfliktherde in der Nachbarschaft zu Russland gibt es einige. 2008 hat der Kreml neue Fakten in Südossetien und in Abchasien geschaffen. Der Konflikt in Transnistrien schwelt seit 1992. Das Konzept „Krim“ funktioniert dann, wenn der Kreml überraschend neue Fakten schaffen und davon ausgehen kann, dass der Westen und mit ihm die NATO ausserhalb ihrer eigenen Verbündeten keine militärischen Gegenaktionen lancieren werden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass Russland seine Fähigkeiten zu raumgreifenden Operationen im grenznahen Ausland in den kommenden Jahren ausbauen wird.

(abgeschlossen per Anfang Dezember 2014)

Dieter Kläy, Dr. phil. I, Oberstleutnant, Winterthur